



MEDIENINFORMATION

2. Juli 2025

„Israel ist kein Apartheidstaat“

Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl kritisiert die Erklärung des Ökumenischen Rats der Kirchen zur Lage im Nahen Osten

Stuttgart. Ernst-Wilhelm Gohl, Landesbischof der württembergischen Landeskirche, kritisiert die Erklärung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) zur Lage im Nahen Osten, insbesondere die Verwendung des Begriffes Apartheid im Hinblick auf Israel.

„Mit der Behauptung, Israel sei ein Apartheidstaat, macht sich der Zentrallausschuss des ÖRK einen politischen Kampfbegriff zu eigen, der sachlich falsch ist und in der aufgeheizten Debatte um den Weg zum Frieden im Nahen Osten nur zur weiteren Polarisierung führt“, so Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl.

Der Zentrallausschuss des ÖRK hat bei seiner Tagung vom 18. bis 24. Juni in Johannesburg (Südafrika) Israel wegen seiner Politik gegenüber den Palästinensern verurteilt und gefordert, diese „Realität der Apartheid beim Namen“ zu nennen. Außerdem fordert die Erklärung, Sanktionen gegen Israel zu verhängen. In mehreren Stellungnahmen verteidigte der Vorsitzende des Zentrallausschusses des ÖRK, der frühere EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm, diese Erklärung.

Landesbischof Gohl sagt weiter: „Der Begriff der Apartheid stammt aus Südafrika. Er war dort bis 1994 Ausdruck für ein gewalttätiges System rassistischer Diskriminierung. Aufgrund dieses besonderen historischen Kontextes und seines alle Lebensbezüge betreffenden Rassismus ist er nicht auf Israel übertragbar. Viele Beispiele aus der israelischen Zivilgesellschaft belegen das. So sind viele Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte, die in israelischen Kliniken arbeiten, palästinensischer Abstammung. In der Initiative ‚Standing together‘ engagieren sich viele arabische und palästinensische Israelis gemeinsam mit jüdischen Menschen für die Koexistenz aller religiösen und ethnischen Gruppen im Land. Sie sind gleichberechtigte Staatsbürger, Mitglieder des Parlaments und haben in der Regierungszeit von Premierminister Bennett

Regierungsverantwortung mitgetragen. All das war im Apartheidsystem Südafrikas unvorstellbar.“

„Ohne Frage ist das Leiden der Menschen in Gaza furchtbar. Und genauso müssen die Besetzung der Westbank und die Gewalt jüdischer Siedler scharf kritisiert werden. Aber neben den Opfern israelischer Gewalt gibt es auch Opfer palästinensischer Gewalt. Beide gegeneinander aufzurechnen, ist nicht angemessen. Empathie ist nicht teilbar! Mir ist vor Allem auch wichtig, dass die Menschen in Gaza endlich ausreichend mit Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischen Hilfsgütern versorgt werden“, so Gohl weiter.

Weiter erklärt Landesbischof Gohl: „Das Grundproblem dieser ÖRK-Erklärung besteht darin, dass sie keinerlei Empathie mit Jüdinnen und Juden in Israel erkennen lässt. Sie verschweigt die Tatsache, dass es die Hamas war, die mit ihrem brutalen Massaker am 7. Oktober 2023 die Gewaltspirale in Gang gesetzt hat. Mit keiner Silbe wird die bedingungslose Freilassung der Geiseln und Rückgabe der Toten gefordert. Sie verschweigt, dass Israel seit seiner Staatsgründung 1948 um sein Existenzrecht kämpft. Israel ist kein Apartheidstaat und auch ‚kein kolonialer Outpost, sondern ein posttraumatisches Gemeinwesen mit realen Feinden‘, so der Psychologe und Publizist Carlo Strenger. Israel ist eine ‚existentielle Demokratie‘“.

„In Zeiten, in denen der Antisemitismus weltweit zunimmt, sollten sich gerade christliche Kirchen ihrer historischen Schuld am Antisemitismus bewusst sein und ihn nicht noch befeuern“, betont Landesbischof Gohl.

Dan Peter
Sprecher der Landeskirche

HINWEIS: Ein Bild von Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl finden Sie im [Pressebereich unserer Website](#).